



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Aus der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 24. September 2009

KPÖ: Schützt die Heimgärtner!

Schwarz-Grün hat kein Verständnis

Die KPÖ setzt sich für die Heimgärtner ein. ÖVP und Grüne waren aber nicht einmal bereit, einen Antrag zu unterstützen, der Sicherheit für Heimgärten forderte.



Gemeinderätin Gerti Schloffer: „Das ist eine große Enttäuschung für unsere Heimgärtner“. So bestehen fünf der 27 Heimgartenanlagen, die es in Graz derzeit gibt, lediglich als Prekarien auf öffentlichem Gut. Das bedeutet. Ihre Nutzung kann jederzeit gekündigt werden. Es geht um folgende Anlagen: „Steirischer Panther“, „Blumenfreunde“, „Theodor Körner“, „Freie Erde“ und „Hanuschplatz“. In drei weiteren Anlagen, nämlich den Kleingärten „Grünanger“, „Fröhlich“ und „Schönau“, sind Vorbehaltsflä-

chen ausgewiesen, sodass diese als Teilprekarien anzusehen sind.

Für die Pächter der Kleingärten bedeutet dies einen Zustand der Unsicherheit, da sie jederzeit befürchten müssen, dass die Stadt Graz ihnen das Recht auf „ihr“ Stückchen Land absppricht.

Schwarz-Grün will diesen Zustand nicht ändern. Deshalb waren ÖVP und Grüne nicht bereit, prüfen zu lassen, ob Heimgartenanlagen in Daueranlagen der Stadt Graz umgewandelt werden können.

RAT UND HILFE



Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60

Gemeindebau Neu in der Zeillergasse

Bereits im Vorjahr hat die Stadt Graz eine Liegenschaft im Ausmaß von 2.800 m² in der Floßlendstraße/Zeillergasse erworben. Am Donnerstag fasste der Gemeinderat einen Beschluss, der die Errichtung von etwa 50 Gemeindewohnungen Wohnungen auf diesem Grundstück möglich macht.

Elke Kahr: „Mit diesem Projekt wollen wir Neuland betreten. Hier entsteht das erste Passivhaus mit Gemeindewohnungen in Graz. Das beweist: Auch in schwierigen Zeiten geht etwas weiter, man muss nur den Willen dazu haben“.

Heimgartenordnung mit Verspätung

Die neue Grazer Heimgartenordnung wird erst mit gehöriger Verspätung in Kraft treten können. Das geht aus der Antwort des zuständigen Stadtrates Rüscher (ÖVP) auf eine Anfrage von KPÖ-Gemeinderätin Gertrude Schloffer. Diese hatte daran erinnert, dass der Landesverband bereits im Jänner 2009 einen eigenen Entwurf für die neue

Heimgartenordnung erstellt hatte.

Jetzt sagte Stadtrat Rüscher, dass zuerst der schwarz-grüne Koalitionsausschuss sich über die neue Heimgartenordnung einigen müsse. Erst dann werde die Heimgartenkommission einbezogen. Mit einem Beschluss sei zwischen Jänner und März 2010 zu rechnen. Gerti Schloffer: „Es

ist schade, dass Reibereien in der schwarz-grünen Koalition eine rasche Erledigung dieses Anliegens behindern. Im Juni hat es einen großen Zeitungsartikel mit Foto des Stadtrates gegeben, in dem die Sachlage so hingestellt wurde, als wäre die Heimgartenordnung schon eine beschlossene Sache. Jetzt heißt es wieder warten“.

September 2009 Anträge und Initiativen der der KPÖ in Stadtrat und Gemeinderat:

Reininghausgründe: Stadt steigt ein

Gemeinderat Manfred Eber fragte den Bürgermeister, ob die Stadt beabsichtigt, die Reininghausgründe zu kaufen und ob dort auch die Realisierung kommunalen Wohnbaus geplant sei. Der Bürgermeister sagte, dass die ernsthafte Absicht der Stadt Graz besteht das Gelände zu erwerben und dass der kommunale



Wohnbau Teil der Umsetzungspläne sei. Wohnungsstadträtin Elke Kahr (KPÖ) begrüßte diesen Gesinnungswandel: „Privat ist nicht besser als das Engagement der öffentlichen Hand. Es war richtig, dass wir praktisch als einzige Partei im Gemeinderat den großen Plänen der Projektentwickler von Asset One stets skeptisch gegenübergestanden sind und auf die Probleme hingewiesen haben.“

Mogelpackungsverordnung der EU

Maßnahmen gegen die negativen Folgen der EU-Verpackungsverordnung verlangt Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch in einem Dringlichkeitsantrag:

Fabisch: „Die Verpackungsverordnung der EU vom April dieses Jahres erleichtert

den Konzernen die Einführung von Mogelpackungen, welche die Konsumentinnen und Konsumenten verwirren und die oft bei gleichem Preis weniger Inhalt haben.“

Für viele Menschen bedeutet die Tatsache, dass die meisten Produkte in fast jeder Packungsgröße verkauft werden dürfen,



einen Anschlag auf ihre Briefftasche.

Nach Auffassung der KPÖ ist eine Rücknahme dieser verbraucherfeindlichen Verpackungsverordnung der EU wünschenswert.

Da dies aber kurzfristig nicht möglich sein dürfte, ist als Sofort-

maßnahme eine Entschärfung sinnvoll. Deshalb sichergestellt werden, dass die Lesbarkeit der Kilogramm- bzw. Literpreise der Waren, die von der EU-Verpackungsverordnung betroffen sind, verbessert wird. Sie sollen in halber Schriftgröße der Preisauszeichnung am Regal dargestellt werden.

Ein WC für den Metahofpark!

Der Metahofpark ist ein wichtiger Erholungsraum im Bezirk Lend, der von der Bevölkerung gut angenommen wird. Vor allem der Spielplatz ist für viele Familien mit Kindern ein Anziehungspunkt. Ein großes Problem



stellt jedoch die Tatsache dar, dass es keine öffentliche Toilettenanlage gibt. Es ist unzumutbar, dass man jedes Mal umliegende Gaststätten aufsuchen oder - was viel öfter vorkommt - Kinder in die Büsche schicken muss.

Gemeinderätin Uli Taberhofer fordert deshalb die Installierung einer öffentlichen Toilettenanlage im Metahofpark.



Videowall gefährdet Verkehrssicherheit

Klubobfrau Ina Bergmann forderte die Überprüfung der Genehmigung Videowall

vor der neuen Messehalle an der Conrad v. Hötzendorfstraße. Diese Werbetafel wird ständig mit farbigen, beweglichen Werbungen für Veranstaltungen der Grazer Messe bespielt. Sie ist stadtauswärts von Weiten zu sehen.

Autofahrer, die stadteinwärts fahren (vom Ostbahnhof kom-



men) werden im Kreuzungsbereich Conrad v. Hötzendorfstr./Fröhlichgasse massiv von dieser Werbetafel bespielt. Besonders anzumerken ist, dass die Ampel genau in der Mitte der Tafel zu sehen ist.

Durch das farbige, sich ständig verändernde Bild ist die Ampel sehr schwierig zu erkennen und erfordert vom Autofahrer besondere Aufmerksamkeit. Die Verkehrssicherheit ist gefährdet.

Es staubt am Parkplatz

In der Südbahnstraße, unmittelbar neben der Fa. Großschädl, hat die Fa. Glettler-Transporte ihren Firmensitz. Direkt an der Südbahnstraße befindet sich ein großer Parkplatz für die Schwertransporter (mit Anhänger) der Fa. Glettler. Der Parkplatz ist unbefestigt und beim Abfahren und Ankommen der LKWs gibt es jedes Mal eine große Staub-

belastung. Die Staubbildung, wenn einige LKWs zugleich wegfahren und ankommen, ist enorm. Was dies für die Feinstaubbelastung bedeutet, sollte unbedingt geklärt werden.

Deshalb forderte Klubobfrau Ina Bergmann das Umweltamt und die zuständigen Behörden auf, die Auswirkungen zu überprüfen.

Sorge um das Trinkwasser

Die Sorge um das Grazer Trinkwasser und die Kritik an der Unternehmenspolitik von Energie Steiermark und Verbund gaben den Ausschlag. Die KPÖ stimmte einem Beschluss nicht zu, der ein neues Wasserkraftwerk südlich von Graz möglich macht. Gemeinderat Manfred Eber: „Man muss die Bedenken der Umweltschüt-

zer ernst nehmen. Darüber hinaus ist der Verbund am Projekt beteiligt. Und niemand anderer als der Verbund exportiert bereits Strom aus Wasserkraft. Der Verbund ist auch über einen Vertrag mit der französischen Atomindustrie verbandelt. und eines ist auch sicher. Durch diese Kraftwerk wird der Strom nicht billiger“.

Fernwärme: Stadt ist erfolgreich unterwegs

Stadträtin Elke Kahr: „In den letzten zehn Jahren sind wir erfolgreich unterwegs. Der Großteil der Fernwärmeanschlüsse erfolgt über die umfassende Wohnhaussanierung, und davon waren rund 500 Wohneinheiten betroffen, im kommenden Jahr sollen weitere achtzig Wohnungen mit Fernwärme versorgt sein. Insgesamt sind bereits 93 Prozent der Gemeindewohnungen an das Fernwärmenetz angeschlossen. Dazu muss vermerkt werden, dass das diesbezügliche Budget um dreißig Prozent gesunken ist und viele unserer MieterInnen nicht in der Lage sind, ihren finanziellen Beitrag zu leisten. Zuoberst steht aber für mich die Leistbarkeit der Gemeindewohnungen.“

ÖBB wird zerschlagen

Der Gemeinderat sprach sich einstimmig gegen die drohende Einstellung der ÖBB-Intercity-Verbindung zwischen Graz und Linz aus.

KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber: „Es ist eine Skandal, dass die ÖBB von der Bundesregierung und den Managern zerschlagen und privatisierungsreif zugerichtet wird.“

Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: www.kpoe-graz.at

